

Obmänner-Sitzung

1. Beschlagnahme der gesamten Ernte;
2. Festsetzung von Höchstpreisen oder skalamäßig fallenden Höchstpreisen im Einvernehmen mit Ungarn;
3. Ausgestaltung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt nach der Richtung, daß sie einen Ausgleich zwischen passiven und aktiven Ländern vorzunehmen vermöge, damit die Bevölkerung überall gleiches Brot bekäme.

Vielleicht könnten unter Heranziehung der autonomen Körperschaften Länderfilialen der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt geschaffen werden, die den Ausgleich in den einzelnen Kronländern durchzuführen hätten.

Gem.-Rat Steiner schließt sich den Ausführungen des Bürgermeisters an. Die Regierung solle jedoch die Preise sofort festsetzen und außerdem eine Amnestie für die Verheimlichung von Mehlvorräten gewähren. Bei Festsetzung von niedrigeren Preisen würde in diesem Falle die Mehlnappheit mit einem Schlage beseitigt sein.

Gem.-Rat Schmid meint, daß die verlangte Verordnung wieder zu spät kommen dürfte, es solle vor der Hand bloß die Erstreckung des Termines der bereits bestehenden Verordnung über den 1. Juli hinaus verlangt werden. Er habe auch Bedenken, daß die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt ordentlich funktionieren werde.

Gem.-Rat Skaret meint, daß die bestehende Verordnung über den 1. Juli hinaus ausgedehnt werden müsse. Er meine, die Festsetzung der Preise im gegenwärtigen Zeitpunkte sei sehr schwierig. Die österreichische Weizenföschung betrage zirka 16 Millionen Kubikmeter Weizen, der Bedarf sei über 29 Millionen Kubikmeter, Österreich sei daher auf die Einfuhr von Ungarn angewiesen; wenn also wieder nur Höchstpreise für Österreich allein festgesetzt würden, so liege die Gefahr nahe, daß wir wieder nur auf die österreichische Ernte angewiesen seien und von Ungarn schwer etwas bekommen. Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt sei ihrer Aufgabe nicht gewachsen, denn sie repräsentiere sich nicht als Kaufmann; sie müßte viel größere Vollmachten besitzen, sie müßte als Käufer und Verkäufer auftreten können, also gewissermaßen ein Monopol erhalten.

Der Bürgermeister verweist hierauf auf die von der Handelspolitischen Kommission erstatteten Vorschläge für Maßnahmen zur Sicherung der neuen Ernte.

Vize-Bürgermeister Rain führt aus, daß in erster Linie darauf Rücksicht zu nehmen sei, daß die Höchstpreise im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung festgesetzt werden. 6 Millionen Kubikmeter Getreide aus Galizien und der Bukowina seien abzurechnen.

Gem.-Rat Reumann führt aus, daß die zitierte Verordnung vom 31. März 1915 speziell vom Vorverkaufe handle. Es müsse jedoch eine Verordnung erscheinen, die die Beschlagnahme des Getreides ausspreche. Er sei nicht dafür, die Verlängerung der bestehenden Verordnungen zu verlangen. Die Verteilung der Ernte durch die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt, die nur einen beschränkten Wirkungskreis habe, werde wieder nicht so sein wie es notwendig wäre. In dieser Verteilung solle die Gemeinde Anteil nehmen. Die Ausgabe der Gemeindevorräte habe gezeigt, wie gut es ist, wenn die Gemeinde an der Verteilung Anteil hat. In die Resolution solle aufgenommen werden, daß die Gemeinden an der Verteilung der neuen Ernte in hervorragender Weise beteiligt sein sollen, denn dadurch werde

die Spekulation ausgeschlossen. Die Höchstpreise müssen im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung festgesetzt werden; weiters solle in die Resolution eine Verwahrung dagegen aufgenommen werden, daß für den Militärbedarf in erster Linie in Österreich requiriert werde. Bei der Requisition müsse auf die Produktion hüten und drüber Rücksicht genommen werden, auch dieser Standpunkt solle in der Resolution vertreten sein. Auch müsse verlangt werden, daß diese Verordnung so rasch als möglich erscheine. Die Höchstpreise könnten auch nicht jenes Niveau haben wie die jetzigen, sie müßten geringer sein. Die Ernährungsverhältnisse der Bevölkerung seien äußerst schlecht. Die Fleischpreise seien fabelhaft hoch und für die arme Bevölkerung bereits unerschwinglich. Diese Preise werden in der nächsten Zeit nicht fallen, daher eine Sicherung der Vorräte von Mehl dringendst notwendig sei.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt, daß die vom Herrn Bürgermeister vorgeschlagenen Grundsätze zu akzeptieren seien. Er meint, wenn eine Festsetzung der Höchstpreise im Einvernehmen mit Ungarn gefordert würde, wäre dies überhaupt nicht zu erreichen. Die Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt solle eine monopolistische Gestaltung erhalten. Auch bezüglich der Requisition für den Militärbedarf müsse die Resolution Stellung nehmen. Der Militärbedarf solle aus jenen Ländern gedeckt werden, wo ein Überschuß bestehe. Der Militärrequisitionspreis sei seinerzeit niedriger festgesetzt worden als der Höchstpreis, später seien dann die Preise in Einklang gebracht worden und es müsse nun den österreichischen Landwirten nachgezahlt werden. Diese Frage sei das wichtigste der Resolution; es werde zwar dieser Passus konfisziert werden, jedoch müsse dies zur Deckung der Gemeinde ausgesprochen werden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner gibt zusammenfassend folgende Gesichtspunkte für eine an die Regierung in dieser Angelegenheit zu richtende Resolution bekannt.

1. Forderung nach Erlassung einer Verordnung, betreffend die unbedingte Beschlagnahme der gesamten Ernte an Brotfrüchten in Österreich im allgemeinen Interesse.

2. Forderung nach Verhandlungen der österreichischen mit der ungarischen Regierung wegen Festsetzung von billigen Höchstpreisen und wegen Abgabe des Überschusses an Edelmehlen aus Ungarn an Österreich.

3. Forderung nach zweckmäßiger Ausgestaltung der Kriegsgetreide-Verkehrsanstalt und nach Bildung von Landes-Kommissionen unter Zuziehung von Vertretern der autonomen Körperschaften.

4. Verwahrung gegen den Vorgang, daß in erster Linie in Österreich requiriert werde und Forderung, daß die Militärverwaltung im Einvernehmen mit der Zivilverwaltung vorgehe und nur nach der Relation der Produktionsziffern in Österreich und in Ungarn die für das Militär benötigten Mehlmengen requiriere.

Die Obmänner-Konferenz erklärt sich einstimmig mit diesen Gesichtspunkten der Resolution einverstanden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner führt aus, daß der Mehlbedarf der Wiener Bevölkerung mit zirka 42 Waggons täglich anzunehmen sei. Unter diesen sei jedoch der Bedarf der Firma Mendl zirka 12 Waggons täglich nicht inbegriffen, sowie die Mehlvorräte der einzelnen Familien. Da die Vorräte der Ankerbrotfabrik zur Reige gehen, müsse künftig mit einem Tagesbedarf von 54 Waggons gerechnet werden.